

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 P., Reklame 1,20 Mark, (für Veranschaulichungsanzeigen 15 P. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer)

Zum Problem der sozialen Gegensätze nach dem Kriege

Bei Beginn des Weltkrieges traten alle Gegensätze innerhalb des deutschen Volkes in den Hintergrund. Die bedrohten Landesgrenzen wurden auch von denen bereitwillig verteidigt, an deren Vaterländischer Zuverlässigkeit man bisher gezweifelt hatte. Nur durch die geschlossene Einheit wurde es möglich, die übermächtigen und zahlreichen Feinde abzuwehren und die Verwüstung des Landes zu verhindern.

Wird nun diese Einheit den Krieg überdauern, oder ist sie nur ein Produkt des Krieges und aus der Not geboren? Die Antworten gehen darüber auseinander. Es ist Tatsache, daß durch den Krieg, Soldaten und Ungelehrte, reiche und arme Menschen, Kopf- und Handarbeiter in den Schützengräben zusammenarbeiten müssen, gemeinsam gegen den Feind kämpfen und recht häufig einer dem andern das Leben zu retten genötigt ist. Daraus wird geschlossen, daß solche Tatsachen auch nach dem Kriege ihre Wirkungen zeitigen müßten. Wieder andere behaupten, daß die bestehende Notlage ein gegenseitiges Zusammenwirken erfordere. Eine nachhaltige Wirkung sei aber nicht zu erwarten. Man weiß auf Mißstände und Ausnutzung einzelner gegenüber der Gesamtheit hin, denkt mit Sorgen an die hohen Steuerlasten der Zukunft und ist somit recht pessimistisch gestimmt. Auch wir sind an den gegenwärtigen Diskussionen lebhaft interessiert, denn nach dem Kriege gilt es, die gewerkschaftliche Arbeit mit aller Kraft auszubauen. Klarheit zu erlangen, ist die erste Voraussetzung für gewerkschaftliche Erfolge; Missionen irgendwelcher Art haben erfahrungsgemäß recht bedenkliche Mißerfolge gezeitigt. Es ist daher wohl nicht überflüssig, einige Bemerkungen hierzu zu machen.

In der Vergangenheit war es ja häufig so, daß die für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfenden Arbeitermassen als Vaterlandsfeinde geschildert wurden. Die extreme Unternehmerpresse hat immer ihre Interessen als mit den staatlichen Interessen übereinstimmend hingestellt. Gegenwärtig herrscht wieder eine ziemliche Unklarheit. Man redet von vaterländischer Gesinnung, die in heller Begeisterung auflebe und erhofft dabei ganz im Sinne solcher Organisationen, — die ja gewissen Unternehmern nur als vaterländische Organisationen gelten —, daß die Arbeitermassen keine Bohrerforderungen mehr stellen oder durch Kampf durchzusetzen versuchen werden.

Es ist deshalb notwendig, die Probleme richtig herauszustellen. Wir müssen unterscheiden: 1. Wie wird die Stellung der Arbeitermassen nach dem Kriege zum Staat und zur Monarchie sein, und 2. welchen Verlauf werden die sozialen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit wahrscheinlich nehmen.

Unsere Stellung als christlich organisierte Arbeiter zum Staat bedarf keiner Korrektur. Unsere praktische Gewerkschaftsarbeit und das damit verbundene Studium der Nationalökonomie hat uns längst zur Überzeugung gebracht, daß ein sozialer Aufstieg der Arbeitermassen nur in einem bestimmten Kulturkreise, den die Nation als politische Einheit darstellt, möglich ist. Wir haben längst erkannt, wie recht Friedrich List mit seiner Ansicht hatte, daß zwischen dem Einzelnen und der gesamten Welt ein wichtiger Faktor, Realität beansprucht, und zwar die Nation. Innerhalb dieser müssen alle Kräfte entwickelt werden, denn hier sind die Voraussetzungen zum sozialen Aufstieg gegeben. Das Streben, alle Menschen oder alle Arbeiter der Erdkugel auf die gleiche gesellschaftliche Stufe zu bringen, hat für uns keinen Sinn. Es war längst unsere feste Überzeugung, daß nur vermehrter Wohlstand der ganzen Nation höhere Löhne und bessere Lebenshaltung ermöglicht. Deshalb waren auch nationalisierende Reden englischer Arbeiterführer uns keineswegs so lieblich, wie manche uninteressierte Kreise in Deutschland wohl glaubten. Hat man diese Tatsachen als richtig erkannt, so wird man mit

den richtigen Konsequenzen ziehen, und das haben wir getan. Es ist dann nur noch eine praktische Frage, wie am zweckmäßigsten alle nützlichen Kräfte entfaltet werden können. Auch unsere Stellung zur Monarchie wird vollständig klar. Der Krieg dürfte die Überzeugung noch gefestigt haben, daß für Deutschland die Monarchie die zweckmäßigste Staatsform bedeutet. Die Zukunft wird neue Probleme aufwerfen. Der Blick muß über die Meere gelenkt werden, unsere Stellung als Weltmacht muß in den Massen feste Wurzeln fassen. Von unserer grundsätzlichen Stellung aus, vor Mühe und Arbeit nicht zurückschreckend, wird es uns möglich sein, den kommenden Anforderungen gerecht zu werden.

Wie wird denn nun aber die Stellung aller in Opposition zum Staat gestandenen Arbeiter in der Zukunft sein? Freilich lassen sich mit Sicherheit noch keine Entwicklungstendenzen feststellen. Ein Umschwung ist aber wahrscheinlich. Man muß die Juli- und Augusttage 1914 mit erlebt haben, muß die spätere Kampfesfreudigkeit sich immer vor Augen halten und kann dann an einer Wandlung in den Gesinnungen nicht zweifeln. Wer in Feindesland war, hat schmerzliches Heimweh empfunden, ganz gleich wie seine Stellung vor dem Kriege zum Heimatlande war. Bei der kämpfenden Generation werden in der Zukunft die alten marxistischen Dogmen keinen großen Glauben finden. Auch braucht man nicht zu glauben, daß die Ansicht von Diebstahl bei der kämpfenden Masse irgendwelchen Widerhall findet. Die ist in ihren Kriegsziele viel radikaler als die überlegenden Politiker. Dabei kann man für sehr wahrscheinlich halten, daß die Zukunft noch lebhaftere Kämpfe auslösen wird. Wie die Blitze noch nachzuden und der Donner noch in der Ferne rollt nach schwerem Gewitter, so werden auch die gläubigen Marxisten noch ihre alten Sprüche in einer anders gearteten Welt wiederholen. Blut ist dicker als Wasser und die Tatsachen stärker als alle Theorie; man kann deshalb den kommenden Auseinandersetzungen mit Ruhe entgegensehen.

Dabei darf natürlich nicht verkannt werden, daß die innere Politik den Umschwung hemmen oder fördern kann. Ob die zurückkehrenden Kämpfer baldigst Arbeitsgelegenheit finden, ob die Steuer-gesetze eine sachliche Kritik vortragen können, ob die staatlichen Organe die Arbeiterschaft, die für ihr Vaterland gelitten und geblutet hat, als mit andern Klassen gleichwertig erachten, nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis, diese und noch manche andere Tatsachen sind für die innere Politik sehr, sehr wichtig. Darf man hoffen, daß die Regierung in Reich und Bundesstaaten nicht vor den Schwierigkeiten zurückweicht, die sich erfahrungsgemäß bieten? Könnte man hierauf eine befriedigende Antwort geben, dann könnte man die Überwindung radikaler Phrasen für ziemlich sicher halten.

Stellt man nun darüber Betrachtungen an, ob der Krieg die sozialen Gegensätze abschwächen wird, so lassen sich auch hier nur Vermutungen anstellen. Die sozialen Gegensätze greifen bekanntlich weiter als zwischen Kapital und Lohnarbeit. Es ist wesentlich, welche Stellung alle nicht direkt am sozialen Kampfe Beteiligten einnehmen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß in der Vergangenheit die neugierige Haltung der Vertreter großer Arbeitermassen bei sozialen Kämpfen der Arbeiterschaft viele nicht notwendige Gegner gebracht hat. Wendet sich die Stellung gegenüber Staat und Monarchie, so wird manchen Unternehmern eine wichtige Agitationswaffe aus der Hand genommen. Wir wünschen, daß in dieser Beziehung eine Veränderung eintritt.

Ob nun durch den Krieg eine wesentliche und dauernde Besserung in den sozialen Beziehungen zwischen Gebildeten und Ungebildeten, zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden eintritt, muß erst die Zukunft lehren. Nach 18 Monaten Krieg und häufiger Gelegenheit, die in Frage stehenden Tatsachen zu beobachten, bezweifle ich einen größeren Umschwung. Es scheint, als ob mit der Zeit sich die in verschiedener Richtung wirkenden veröhnenden Kräfte wieder aufheben. Alle Umstände, die hier in Be-

tracht kommen, zu erörtern, ist vorläufig unmöglich. Immerhin ist es wichtig, sich klar zu machen, daß Ansichten, die durch Erziehung und Umgebung sich zu einer festen Überzeugung verdichtet haben, nicht leicht erschüttert werden. Wieviel ehrlicher Wissen, wie langes Studium gehört dazu, sich einmal vom Klassenurteil freizumachen und sich in die Lage eines andern Klassenangehörigen zu versetzen! Welche Kenntnisse gehören zu einer sachlichen Beurteilung anderer Erwerbsklassen und welche Mühe macht es, die gleichsam von Jugend auf eingetrappten Vorurteile abzustreifen! Das muß man an sich selbst erfahren haben, um die Schwierigkeiten richtig zu würdigen. Ich habe früher Gelegenheit gehabt, mit Vertretern größerer Betriebe zu verkehren. Wir konnten ganz gemühtlich über alle möglichen Dinge plaudern, sobald aber die sozialen Probleme an die Reihe kamen, gab es viele falsche Urteile über Arbeiter und ihre Lebensweise. Von Gleichberechtigung beim Abschluß des Arbeitsvertrages hielten sie natürlich nichts. Man ist väterlich, „wohlwollend“, sorgt für den Arbeiter nach seiner Art und will von einem „Hinterleben“ nichts wissen. So kann sich wohl ein freundschaftliches Verhältnis herausbilden, solange man die sozialen Probleme zwischen Menschen verschiedener Klassen unberührt lassen kann. Steht man sich einer gemeinsamen Aufgabe gegenüber, wie jetzt im Kriege, so ist durch Zeit und Umstände geboten, sogar ein vertrautes Verhältnis zwischen sich sonst in Feindeshänden als Gegner gegenüberstehenden Menschen möglich. Nach weiterer Überzeugung und Beobachtung ist das draußen an der Front wirklich häufig der Fall. Gewiß hängt es dann auch von dem Bildungsgrade ab, wie das freundschaftliche Verhältnis sich gestaltet. Nach meiner Beobachtung ist eine Abschwächung sozialer Gegensätze viel eher durch soziale Aufklärungsarbeit zu erreichen, als wie durch alle anderen Umstände. Der Krieg kann die gegenseitige Achtung heben, er kann Anknüpfungspunkte bieten, und so einer Abschwächung sozialer Gegensätze die Wege ebnen. Dabei will ich nicht leugnen, daß auch der Krieg bei manchen Gebildeten eine Anregung zum Nachdenken über soziale Probleme geben kann. Er kann sich bewußt werden, schon als Rekrut bei der Ausbildung, daß Tausende von Arbeitern ihr ganzes Leben so wohnen mit ihrer Familie, wie er jetzt in dem Massenquartier. Unterhält man sich einmal mit Menschen, die eine bessere Lebensweise gewohnt sind, und weiß sie darauf hin, daß es vielen Arbeitern immer ähnlich geht, so antworten sie meistens, daß tue die Gewohnheit, die wüßten das nicht besser, nur wenn man es besser gewohnt sei, falls es einem schwer. Es werden nach meiner Überzeugung unter den Gebildeten nur wenige sein, die die Kriegsergebnisse durchdenken und die praktische Anwendung fürs spätere Leben ziehen. Freilich, auch das ist schon ein Gewinn. Aber, und darum handelt es sich hier, eine Abschwächung sozialer Gegensätze ist daraus nicht zu folgern.

Ob die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit sich bessern, hängt ja nicht in letzter Linie von den Unternehmern ab. Es scheint aber nicht, als ob die Arbeitgeberpresse in der Großindustrie umlernen wolle. Ob diese Preise nicht einen utopischen Kapitalismus in Arbeiterkreisen lieber sehen als eine Staatssteuer, aber ihre Klasseninteressen mit aller Energie vertretende Arbeiterschaft? In der Vergangenheit war es so, bezüglich der Zukunft kann man auf die Entwicklung gespannt sein.

Fassen wir die leitenden Gedanken unserer Abhandlung zusammen, so ergibt sich für die nächsten Jahrzehnte etwa folgendes: Die Arbeiterschaft wird in ihrer Mehrheit von der Notwendigkeit eines mächtigen Deutschland überzeugt sein. Die Wirtschaft- und Handelspolitik muß gestützt sein durch die Kanonen und Monette. Die erforderlichen Mittel hierzu werden deshalb wohl kaum größeren Widerstand finden. Aber die Aufbringung der Lasten werden ganz natürlich die Meinungen auseinandergehen. Der Einfluß der Arbeiterschaft könnte durch praktische Mitarbeit an den Staatsnotwendigkeiten wachsen und manchen sozialen Gegnern die Waffen

aus der Hand wänden. Die steigenden Lebensmittelpreise werden auch nach dem Kriege noch nicht gleich sinken. Das Einkommen hat sich als Real-
einkommen vermindert. Um den erforderlichen Aus-
gleich zu erreichen, wird die Arbeiterschaft große An-
strengungen machen müssen. Da in der harten Wirk-
lichkeit nur die realen Kräfte entscheiden, so sind
starke Arbeiterorganisationen erst recht notwendig.
Starke Gewerkschaften können bei maßvoller Ziel-
streben der Arbeiterschaft den Platz miterkämpfer
helfen, der ihr im neuen Deutschland gebührt.
F. G.

Ein Rundschreiben des Arbeit- geberbundes

Nachdem die Tarifverhandlungen zur Erneuerung der
Verträge ergebnislos geblieben sind, hat der Arbeit-
geberbund für das Baugewerbe folgendes Rundschreiben
an seine Unterverbände gesandt:

Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe.
Geschäftsamt: Berlin SW 11, Bernburger Str. 21
Fernspr.: Amt Litzow 5669.
Brief Nr. 282. Berlin, den 15. Februar 1916.

An die

Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe.

Die Verhandlungen über Verlängerung des Reichs-
tarifvertrages für das Baugewerbe, die am 11. und
12. Februar d. J. im Reichsamt des Innern zwischen
Vertretern des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bau-
gewerbe und der drei großen deutschen Bauarbeiter-
Zentralverbände stattgefunden haben, sind ergebnislos
verlaufen, weil den Arbeitgebervertretern die von den Arbeit-
gebern in Gestalt einer angemessenen Kriegszulage ange-
gebene Lohnerhöhung nicht genügt. Die außerordentliche
Höhe der Ansprüche ergibt sich aus der umstehend ab-
gedruckten kurzen amtlichen Niederschrift. Abdruck des
vollständigen Stenogramms erhalten die Verbände später.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe
wird zum 29. Februar d. J. seine Hauptversammlung nach
Berlin einberufen, um zu der durch die Ablehnung der
Arbeitgeberverbände geschaffenen Lage Stellung zu nehmen,
die es nicht ausgeschlossen erscheinen läßt, daß den
deutschen Baugewerbe eine tariflose Zeit bevorsteht.

Den zu der Hauptversammlung abgeordneten Ver-
tretern der Arbeitgeberverbände wird empfohlen, die Stim-
mung der Verbandsmitglieder hinsichtlich des Angebotes
der Arbeitgeberverbände zu ermitteln und in der Haupt-
versammlung zur Kenntnis des Bundesvorstandes zu
bringen.

Die nächste Zukunft fordert von allen Bundesmit-
gliedern einmütiges Zusammenhalten. Was zu geschehen
hat, bestimmt die Hauptversammlung. Bis dahin dürfen
selbstverständlich von den Bundesmitgliedern weder irgend-
welche neuen Teuerungszulagen an ihre Arbeiter bewilligt,
noch Vereinbarungen oder Sonderverträge mit den Ar-
beitern oder ihren Organisationen geschlossen werden!
Mit Bundesgruß!

Der Vorstand

des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe.

Der Vorsitzende: G. Behrens.

Es bleibt natürlich dem Arbeitgeberbund un-
genommen, sein Angebot als angemessen zu bezeichnen.
Uns erscheint es nicht als das. Auf das Ergebnis der
angelegten Hauptversammlung kann man ja neugierig
sein. Wir glauben nach den bisherigen Erfahrungen
nicht, daß ein weiteres Entgegenkommen an die Arbeiter
dabei herauskommt. Und daher erscheint es auch uns
nicht ausgeschlossen, daß wir in eine tariflose Zeit hinein-
geraten. Damit haben wir uns abzufinden. Wir können
uns nicht zu Bedingungen binden, die der Not der Zeit
so wenig gerecht werden. Dann mag das freie Spiel
der Kräfte das bewirken, was in gemeinsamer Arbeit
nicht möglich war.

Krieger-Familienhilfe

Die Unterstützung von Familien in den Dienst
eingetretener Mannschaften ist seit Ausbruch des
Krieges wiederholt erhöht und der Kreis der
Anspruchsberechtigten erweitert worden. Zuerst be-
traf die Gewährung eines Kriegers als reichsge-
richtlich festgesetzter Zuschlag 6 M monatlich und jedes Kind
unter 15 Jahren 4 M . Durch die Bundesrats-
verordnung vom 21. Januar 1916 sind diese Sätze,
vom 1. September 1915 an, auf 15 und 7,50 M er-
höht worden. Der finanzielle Aufwand des Reiches
wird damit weiter erhöht. Im Monat August 1914
wurden aus Reichsmitteln rund 27 Millionen Mark
gezahlt; ein halbes Jahr später im Januar 1915,
erhöhte sich die Summe auf 65 Millionen Mark,

sie ist jetzt auf rund 100 Millionen Mark monatlich
gestiegen. Dabei sind nicht die für Familienunter-
stützung gegebenen Summen der Gemeinden und
Lieferungsverbände, die vielfach Zuschüsse geben oder
im Falle des Bedarfs solche zu geben verpflichtet
sind.

Die Steigerung des Aufwands ist nicht lediglich
eine Folge der erhöhten Sätze, sondern auch eine
Folge der Erweiterung des Kreises der Familien-
und Personen, die auf Familienunterstützung An-
spruch haben. Nach der Verordnung vom 21. Januar
erhalten nun auch, im Falle der Bedürftigkeit, An-
gehörige der aktiven Mannschaften bzw. deren
Familien Unterstützung, wie schon bisher die
Familien der Reservisten, Landwehr- und Landsturm-
männer. Voraussetzung für den Anspruch
auf Unterstützung für die Familien der im aktiven
Dienstverhältnis befindlichen Mannschaften ist wie
bei den übrigen die Bedürftigkeit. Nach den
Anweisungen des Bundesrats, wie auch der bayer.
Regierung soll die Bedürftigkeitsfrage von den Ge-
meinden und Lieferungsverbänden wohlwollend ge-
prüft und vorbeschrieben werden. Der Besitz eines
kleinen Hauses kann ebensowenig die Bedürftigkeit
aufheben, wie der Weiterbetrieb eines kleinen Ge-
schäfts oder die Bewirtschaftung eines Bauerngutes.
Es soll niemand unter den Angehörigen der für
des Reiches Sicherheit kämpfenden Soldaten in
Not geraten. Im Falle großer Bedürftigkeit und
Not sollen die Lieferungsverbände oder Gemeinden
nicht bloß die vom Reich festgesetzten Mindestsätze,
sondern darüber hinaus noch Zuschüsse gewähren.
Um ärmeren Gemeinden eine solche erweiterte Hilfe
zu ermöglichen, werden vom Reich 10 Millionen Mark
monatlich zur Verfügung gestellt. Die Mindestsätze
der Familienunterstützung werden den Gemeinden,
wie bekannt, ganz ersetzt und zurückbezahlt.

Trotzdem verursacht die Mangelnot mancher
Unterschieden und Ausführungsorgane bei der Ent-
scheidung der Bedürftigkeitsfrage manche Klage und
Beschwerden über ungerechtfertigte Abweisungen der
Unterstützungsgesuche. Diese zu beseitigen und die
Anspruchsberechtigten von der Gnade der Behörden
unabhängig zu machen, versuchte der Reichstag den
Begriff der Bedürftigkeit näher zu umschreiben.
Unter dem 14. Dezember 1915 wurde im Reichstag
der Antrag gestellt: „Die Familienunterstützung muß
gewährt werden, wenn vor dem Kriege ein Jahres-
einkommen der Familie von weniger als zweitausend
Mark besteuert worden ist.“ Der Antrag fand keine
Zustimmung. Reichstag und Regierung einigten
sich schließlich auf folgende Bestimmung: „Bedürftig-
keit ist anzunehmen und wenigstens der Mindest-
satz zu zahlen, wenn nach der letzten Steuerver-
anlagung das Einkommen des in den Dienst Ein-
getretenen und seiner Familie in den Orten der
Tarifklasse E 1000 M oder weniger, in den Orten
der Tarifklasse C und D 1200 M oder weniger,
in den Orten der Tarifklasse A und B 1500 M
oder weniger beträgt.“

Ein Anspruch besteht in der Regel nicht, wenn
der in den Militärdienst Eingetretene mit seiner
Familie am Einkommen keinen Ausfall erleidet, oder
wenn sonstige Tatsachen die Annahme rechtfertigen,
daß eine Unterstützung nicht benötigt wird.“

Es muß immer wieder hervorgehoben werden,
daß Bedürftigkeit Voraussetzung für die Unter-
stützungsgewährung ist. Auch bei höherer Steuer-
veranlagung, als wie sie das Gesetz vorsieht, kann Be-
dürftigkeit gegeben sein. In der Reichstagsitzung
vom 21. Dezember 1915 teilte der Berichterstatter
mit, daß im Hauptauschuß von allen Seiten, auch
von Regierungsvertretern, ausgesprochen worden ist,
daß die Grenze der 1000, 1200 und 1500 M
nicht etwa den Sinn haben sollte, daß darüber
hinaus Unterstützungen nicht mehr gewährt werden
sollten. Auch solche, über die festgelegten Grenzen
hinausgehenden Anträge sollen in weitherziger und
wohlwollender Weise geprüft und bei Bedürftig-
keit die Familienunterstützung gewährt werden.
Den Ausführungsorganen ist also nach wie vor
ein Spielraum gelassen, da ganz bestimmte Wert-
maße für den unbedingten Anspruch auf die Familien-
hilfe im Gesetz nicht aufgestellt werden konnten.
Die Tarifklasseneinteilung richtet sich nach dem
Besoldungsgesetz vom Juli 1909.

Städte wie Köln, Berlin, München sind in
der Klasse A; Dresden, Hamburg, Stuttgart, Karls-
ruhe in Klasse B; Darmstadt, Hannover, Münster,
Nürnberg, Weisse, Neuenkirchen in Klasse C. Bayern
hat eine Stadt, München, in der Tarifklasse A,
16 Städte in Klasse C und 17 Städte in Klasse
D. Alle übrigen Orte sind der Tarifklasse E zu-
geteilt.
S. P.

Allgemeines

Das Eisenkreuz erhielt folgende Kollegen:
Johann Kuhn, Mitglied der Zeitschrift *Handwerk*;
Joh. Grotz, Mitglied der Zeitschrift *Handwerk*;
Karl Dreyhausen, Zeitschrift *Handwerk*; Unteroffizier

Rißmann aus Rarschin, Kreis Grünberg, Mitglied der
Zahlstelle Mengebe; Joseph Börner, Mitglied der Zahl-
stelle Gellingen.

Der Verlängerung des Reichstarifs im Maler-
gewerbe haben die beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiter-
organisationen zugestimmt. Der „freie“ Malerverband
hat seine Generalversammlung über das Resultat ab-
stimmen lassen; die Annahme war einstimmig. In der
Diskussion kam eine starke Enttäuschung über das Ergebnis
zutage. Angesichts der herrschenden Teuerung sei ein
besseres Ergebnis erwartet worden. Wenn man trotzdem
zustimme, dann nur mit Rücksicht auf die augenblickliche
Zeit.

Verbraucherwünsche zur Schweinefleischverfor-
gung. Nachdem nunmehr durch Bundesratsverfügung vom
14. Februar Stallpreise für Schweine statt der bisherigen
Marktpreise festgesetzt worden sind, erscheint eine ein-
heitliche Verordnung über die Bildung von
Viehmarkt- und Kleinverkaufspreise von-
nöten. Es besteht die Gefahr, daß aus Konkurrenzgründen
die den Städten zur Pflicht gemachte Festsetzung der
Fleischpreise, wie fast immer bisher, zu ständigen Preis-
erhöhungen, und schließlich, wenn die Spannung zwischen
Stall- und Marktpreis für den Handel nicht mehr hoch
genug ist, zu einer Entblößung des Marktes führt. Diesen
Schwierigkeiten will der Kriegsauschuß für Konsumenten-
interessen durch folgende Regelung, die er dem preussischen
Landwirtschaftsministerium und auch den übrigen Bundes-
staaten in Eingaben unterbreitete, begegnen: Bildung
des Viehmarktpreises: 10 Prozent fester Auf-
schlag auf den im Stall bezahlten Kaufpreis, der durch
Schlusschein nachzuweisen ist, für Gewichtsverlust; ein
fester Spesenatz für das Stück, berechnet nach den durch-
schnittlichen Frachtkosten, Viehmarktpreisen usw.; ein wan-
delbarer Zuschlag für Meingewinn in ungefährer Höhe
von zwei Prozent. Bildung des Kleinverkaufs-
preises: Oberste Grenze für rohes Fett 180 Pro-
zent, für rohes Fleisch 140 Prozent des am Viehmarktes
zu zahlenden Preises der Gewichtsklasse von 110—120 kg.
Festsetzung von Ortshöchstpreisen nur für Konsum-
fleisch: Hamm, Blatt, Bauch, Beine, Kopf und Salz-
fleisch, alles frisch und gekühlt. Bei Keule nur ein
Nichtpreis von etwa 1,75 M das Pfund (ohne Zulagen)
roh. Desgleichen Ortshöchstpreise für die allein noch
zulassenden drei Wurstsorten: zwei Qualitäten Leber-
wurst, zwei Qualitäten Blutwurst (wo ortszulässig evtl.
noch billigere Sorten mit vegetabilischen Zusätzen), drei
Sorten Rohwurst (schnittfeste feinere Wurst, weiche schnit-
terfähige Wurst und grobe Wurst, d. h. polnische, Block-,
rheinische, westf. Kochmettwurst). Für diese Wurstsorten
soll die Landesregierung Normalpreise als Richtschnur
für die Gemeinden festsetzen. Außerdem sollen für ge-
salzenen oder geräucherten Rücken- und Bauchspeck sowie
für Salze Ortshöchstpreise bestimmt werden. Dagegen nicht
für Schinken aus den vier Keulen, evtl. ein Nichtpreis,
der durchschnittlich eingehalten werden müßte. Bei diesen
Bestimmungen glaubt der Kriegsauschuß die erforderliche
Rücksicht auf die billigen Wünsche des Handels und des
Fleischergewerbes genommen zu haben. Schließlich be-
auftragt er noch, daß den Verbrauchern eine ange-
messene Vertretung in dem neuen Gesamt-
viehhandelsverbände und außerdem drei De-
legierte in jedem Provinzialverbände zugebilligt werden.

Ein Eisenbahnbaugesetz, eingebracht im preussischen
Abgeordnetenhaus, verdient größeres Interesse. Ge-
fordert werden 313 254 000 M . Davon entfallen 11 382 000
Mark auf Herstellung von zweiten und weiteren Geleisen,
20 672 000 M auf Eisenbahneubauten und 1 Million
zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen.
Der Löwenanteil entfällt auf die Beschaffung von Fa h r-
zeugen für die bestehenden Staatsbahnen, und zwar
207 700 000 M . Auf sonstige Ausgaben entfallen 73 500 000
Mark. Dem Lokomotiven- und Waggondbau steht somit
eine sehr günstige Konjunktur bevor.

Ein neuer technischer Fortschritt ist infolge der
englischen Absperrung erreicht worden. Deutschland war
mit seiner Stahlproduktion bislang in erheblichem Maße
von der Einfuhr von Manganerzen aus dem Auslande
abhängig. Manganerze werden bei uns nur in be-
schränktem Umfang gewonnen. Der chemische Prozeß
zur Gewinnung von Stahl und die Erhöhung dessen
Qualität machte die Mischung mit Mangan erforderlich.
Da ein Ersatzmittel nicht vorhanden war, rechneten unsere
Gegner uns aus, daß wir mit unseren Beständen im Herbst
1915 zu Ende seien. Abgesehen davon, daß unsere Vorräte
und unsere Eigenproduktion für eine viel längere Zeit
vorrreichen, ist es unserer Chemie gelungen, aus in-
ländischen Grundstoffen ein vollwertiges Ersatzmittel zu
schaffen, das in beliebig großen Mengen gewonnen werden
kann. Dabei ist das neue Verfahren wirtschaftlicher als
das alte und macht unsere Eisenindustrie dauernd vom
Auslande unabhängig.

Die Kunst im Kriege. In den Räumen der Berliner
Sezession wird am 27. Februar eine Ausstellung eröffnet
werden, der das Thema: „Die Kunst im Kriege“ zugrunde
liegt. Diese Ausstellung verdankt ihre Entstehung zu einem
guten Teile dem Widerspruch der Sozialreformer gegen
die Erzeugnisse des Kriegsgewerbes. Den gemein-
nützigen Verbänden, die sich um die allgemeine kulturelle
Erziehung unseres Volkes bemühen, konnte es nicht gleich-
gültig sein, wenn Sinn und Interesse unserer Arbeit-
erschaft, unserer Jugend, unserer Selbstgenauen durch ge-
schmackvollere Erzeugnisse des Gewerbes planmäßig
verbunden werden. Eine Verniedlichung des Krieges durch
„Granaten“-Bombenlöser, aufklappbare Helmschilde, „Sec-
minen“-Attrappen entspricht nach ihrer Ansicht ebensowenig
dem Ernst unserer Zeit wie Sparbüchsen aus der Gestalt
Hindenburgs, Handluther mit dem Kaiserbildnis, Nigen-

hecher mit Kronprinzengütern. Die Sozialpolitiker er-
 litten aber auch in der Herabwürdigung des Herstellers
 solcher Güter zu einem Handlanger widerlicher Mittels-
 einen beklagenswerten Tiefstand unseres gesamten Arbeits-
 lebens. Nicht allein, daß sie in den Tagen nationaler
 Größe die deutsche Arbeiterschaft vor dem Ankauf wert-
 lofer, in späteren Jahren unbeachteter oder verachteter
 Widrigkeiten, Gestalten und Gegenständen
 der Selbstverteidigung unseres Volkes zu bewahren wün-
 schen, sehen sie den Arbeitsvertrag, das Arbeitsrecht durch
 die Kriegsschundfabrikation gleichermaßen gefährdet. Denn
 schlechte Arbeit bedeutet Herabsetzung der Löhne, Ver-
 schäumerung der Arbeitshege, der Entlohnungsformen,
 kurz aller Erscheinungen, die das Arbeitsleben eng be-
 rühren. Die Sozialpolitiker wünschen mit der Gegen-
 überstellung von Beispielen und Gegenbeispielen in der
 Ausstellung an der Beseitigung eines Mißstandes mit-
 zuwirken, der Volk und Kunst in gleicher Weise schädigen
 muß. Sie hoffen, den breiten Massen die Augen zu
 öffnen, was künstlerischer Niederschlag des Kriegserleb-
 nisses auf der einen, spekulative Ausnutzung der Kriegs-
 konjunktur auf der anderen Seite ist.

Auf die Gedankenlosigkeit spekuliert? In einem
 vor der letzten Gemüschhöchstpreisfestsetzung gefaßten Be-
 schluß des deutschen Landwirtschaftsrates, in dem er
 die erste Festsetzung der Höchstpreise für Gemüse als zu
 niedrig bezeichnet, heißt es, diese sei schädlich gewesen
 für den Herbst, weil infolge der Trockenheit
 die Ernte klein und daher die Herstellungen-
 kosten für das einzelne Gemüse bedeutend
 höher sind als in normalen Jahren. Wenn
 eine solche Behandlung vom deutschen Landwirtschaftsrat
 aufgestellt wird, dann muß man mindestens fragen
 und war bisher nur bekannt, daß wir nur mit Früh-
 gemüse eine Miskente hatten, infolge der Dürre, nicht
 aber so mit dem Herbst und Winter gemüse. Wir wußten
 bisher nur, daß wir in letzterem sogar eine glänzende
 Ernte hatten, z. B. mit Weizen. Das, was der
 deutsche Landwirtschaftsrat behauptet, stimmt nicht, ist
 nicht wahr. Aber die Erhöhung der Gemüschhöchstpreise
 ist eingeleitet.

**Die gemeinnützige Kontrolle in den Viehhandels-
 verbänden** beim der Kriegsschund für Konsumenten
 interessieren. Er erinnert an verschiedene offizielle
 Versicherungen und an das Versprechen des preussischen Land-
 wirtschaftsministers im Hausparlament des Abge-
 ordnetenhauses am 26. Januar, wonach bei der Syndi-
 kation des Viehhandels auch die Verbraucher zu Worte
 kommen sollten. Nach den jetzt veröffentlichten Sätzen
 für die Provinzialverbände könne aber von einer
 Einführung dieser Art keine Rede sein; denn der Beirat
 der Verbände, der ohnehin schon einen sehr geringen
 Einfluß auf die Normierung angemessener Viehpreise
 habe, setze sich zusammen aus drei Vertretern der Land-
 wirtschaftskammer, sechs Personen, die von der Mit-
 gliederversammlung, in der fast nur Viehhändler und
 Händler vertreten seien, gewählt würden, und dann nur
 noch drei Vertreter solcher Großstädte des Bezirks, die
 einen Schlachtviehmarkt besitzen. Es seien also die
 Interessenten auf jeden Fall in der überwältigenden
 Mehrheit. Besonders fehle infolge der Ausschaltung der
 eigentlichen Verbraucher die erforderliche Beeinflussung
 der Syndikate zu gemeinnütziger Beurteilung der Vieh-
 versorgungsfrage im Gegensatz zur rein geschäftlichen.
 Bei der großen Bedeutung dieses Umstandes für eine
 geringere oder größere Belastung der Konsumenten-
 müssen sei die Heranziehung von Abgeordneten der Ver-
 braucherorganisationen jeder Provinz ein einfaches Ge-
 bot der Gerechtigkeit. — Der Preisauswuchs hält es auch
 für beklagenswert, daß aus dem Tätigkeitsbereich der
 Viehhandelsverbände die Verkäufe von Ferkeln bis 50
 Kilogramm und von Kälbern bis 150 kg ausgeschlossen
 sind. Bei Preisen von 50—70 M für Ferkel und von
 150 M für Kälber (nach dem amtlichen Berliner Be-
 richt sind die Kälberpreise Januar 1916 um 92 Prozent
 höher als Januar 1915) werde ohne eine Zwangsregelung
 der Verhältnisse auch für diese Viehsorten die ganze
 nötige Tätigkeit der Verbände stark beeinträchtigt und
 die Fleischversorgung überhaupt in Frage gestellt. Eine
 Erweiterung der neuen Einrichtung in organisatorischer
 wie sachlicher Beziehung müsse also schnellstens vorge-
 nommen werden.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Münster.

Osnabrück. (Ein „soziales“ Dokument.) Die hiesi-
 gen christlich und freigeistlichen Bauarbeiter hatten an
 den Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe eine Ein-
 gabe um Gewährung einer Teuerungszulage gerichtet.
 Daraufhin ist ihnen unter dem 31. Januar folgendes
 Antwortschreiben zugegangen:

Osnabrück, den 31. Januar 1916.

Arbeitgeber-Verband für das
 Baugewerbe in Osnabrück und
 Umgebung, G. B.

An den Deutschen Bauarbeiter-Verband und den
 christlichen Bauarbeiter-Verband, Zweigverein Osnabrück,
 Breitergang 6.

Ueber Ihr geehrtes Schreiben vom 4. Januar 1916,
 in welchem der Wunsch vorgetragen wurde, eine Teue-
 rungszulage zu erhalten, hat der Arbeitgeber-Verband
 am 27. Januar 1916 eingehend verhandelt.

Es wurde von allen Anwesenden anerkannt, daß
 eine ungewöhnliche Teuerung besteht, von der die ganze
 Bevölkerung — der eine Teil direkt, der andere indirekt —
 betroffen wird.

Um diese Teuerung erträglicher zu gestalten, sind
 durch die Stadtverwaltung vier Kriegsküchen und außer-
 dem andere Einrichtungen für Lebensmittelverläufe ins-

leben gerufen, die trotz der Teuerung die Lebensmittel
 billig abgeben an diejenigen, die sich darum bemühen.
 Nach heute an zuständiger Stelle eingezogener Er-
 kundigung liefern die Kriegsküchen sehr schmachhaft ge-
 lachtes Essen der verschiedensten Gerichte, je dreiviertel
 Liter für 10 Pf., und wenn Fleisch dazu gewünscht wird,
 dann kosten dreiviertel Liter 15 Pf. — Die Fleischration
 dazu kostet der Stadt beim Einkauf im großen mehr
 als 15 Pf.

Die vier Kriegsküchen sind außerdem so in der Stadt
 verteilt, daß je eine derselben in der Mittagszeit von
 fast jeder Arbeitsstelle ohne Zeitverlust zu erreichen ist.
 Es ist ferner Arbeitsgelegenheit so ausgiebig vor-
 handen, daß keiner, der die Absicht hat zu arbeiten, etwa
 keine Arbeit bekommen könnte.

Endlich steht der Arbeitgeber-Verband auf dem grund-
 sätzlichen Standpunkt, daß ein bestehender Vertrag, mag
 er gut oder schlecht ausfallen, gehalten werden muß.
 Genau so, wie die von den Mitgliedern des Arbeitgeber-
 Verbandes eingegangenen Bauberträge gehalten werden
 müssen.

Die Mitglieder des Arbeitgeber-Verbandes sind aber
 bereit, bei den im Gange befindlichen Arbeiten die Ar-
 beitszeit bis zu der tariflich zulässigen Grenze schon
 jetzt ausnutzen zu lassen, wenn die Verhältnisse es
 gestatten und die Bauarbeiter dazu bereit sind.

Unter Berücksichtigung der angeführten Verhältnisse
 hat der Arbeitgeber-Verband die Bewilligung einer Teue-
 rungszulage einstimmig abgelehnt.

Eine gemeinschaftliche Aussprache in dieser Sache
 anzuberaumen, hält der Arbeitgeber-Verband nicht für
 zweckdienlich, weil eine Einigung doch wohl kaum zu
 erreichen sein würde.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand J. B. des eingezogenen Vorsitzenden,
 W. Propst.

Dieses Schreiben läßt mehr als tief blicken. Sich
 wie Bettler an die Kriegsküchen zu wenden zu lassen,
 das hatte die Osnabrücker Bauarbeiterschaft von ihren
 Arbeitgebern am allerwenigsten erwartet. Die ganze
 soziale Einsichtslosigkeit spricht daraus, wenn man an-
 zurechte Arbeiter durch öffentliche Wohlthätigkeit pflanzt
 speisen zu lassen. Das lehnen diese mit aller Entschieden-
 heit ab. So lange wie sie gewissenhaft ihrer täglichen
 Arbeit nachgehen, und das tun sie, betrachten sie eine
 solche Zuzahlung für geradezu entehrend. Und das muß
 ihnen passieren in einer Zeit wie der gegenwärtigen.
 Kriegsküchen und längere Arbeitszeit, das ist die An-
 wort der Osnabrücker Unternehmer auf den Wunsch
 einer Teuerungszulage. Wir wollen uns das merken.
 Zu gelegener Zeit reden wir darüber ein anderes Wort.

Verbandsnachrichten

Osnabrück. Am Sonntag, den 9. Februar, fand im
 Alfreidshaus unsere Verwaltungskassen-Konferenz mit
 folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom
 4. Quartal; 2. Jahresbericht; 3. Vortrag; 4. Vorstandswahl;
 5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tages-
 ordnung wurde das Andenken der auf dem Felde der
 Ehre gestorbenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt.
 Alsdann gab Kollege Dietrich den Kassenbericht vom
 4. Quartal; die Einnahmen und Ausgaben für die Zentral-
 kasse betragen 4192,20 M. An Krankenkassenunterstützung
 wurden 246,40 M., Sterbeunterstützung 52 M., Militärunter-
 stützung 14 M. verausgabt. An die Zentrale wurden ein-
 gesandt 3012,39 M., an Prozenten und Zuschlägen bleiben
 in der Verwaltungskasse 1137,41 M. In der Lokalkasse
 betragen die Einnahmen 16360,69 M., die Ausgaben
 1933,05 M., bleibt noch ein Kassenbestand von 14627,64
 Mark. Mitglieder waren am Schlusse des 4. Quartals
 516. Davon sind 379 Maurer, 8 Zimmerer, 3 Dach-
 decker, 60 Hilfsarbeiter, 29 Stukkateure, 17 Fuher, 11
 Mieslenleger und 9 Jugendliche. Nachdem dann die Re-
 visoren berichtet, daß sie die Kasse in guter Ordnung be-
 funden, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. An-
 schließend gab dann der Kollege Dietrich den Jahres-
 bericht. Einleitend hob er hervor, daß auch in diesem
 Jahre die Tätigkeit des Verbandes durch den Krieg
 stark beeinträchtigt ist. Im April wurde Kollege Kirchner
 und im Juni auch Kollege Koste zum Heeresdienst ein-
 gezogen und dadurch die Verwaltung stark unterbrochen.
 Aber auch in die Reihe der Vertrauensleute und Bau-
 delegierten riß der Krieg große Lücken und wurde dadurch
 sowohl die Agitation auf den Bauten, wie auch das regel-
 mäßige Bedienen der Kollegen unterbrochen. Arbeits-
 gelegenheit war im verflossenen Jahre genügend vor-
 handen; wurden doch außer drei großen öffentlichen
 Gebäuden, von der Firma Krupp Hunderte von Werk-
 stätten fertiggestellt. Ebenso haben Unternehmer und
 Baugesellschaften größere Häuserblocks ausgeführt, die
 von der Firma Krupp übernommen und auf 10 Jahre
 gemietet wurden. Auch die verschiedensten Forderungen
 in ihren Distrikten eine ganze Anzahl Kolonienbauten pro-
 jiziert und fertiggestellt. Infolgedessen war auch die
 Nachfrage nach Maurern, Zimmerern und Bauhilfs-
 arbeitskräften eine sehr rege, und waren wir nicht in der
 Lage, die Wünsche der Unternehmer zu befriedigen. Ein
 großer Teil unserer Kollegen ging auch zur Kriegs-
 industrie über, wo bedeutend bessere Löhne gezahlt wur-
 den. Obwohl nun auch die Unternehmer an den ver-
 schiedenen Bauten bedeutend bessere Preise bekamen,
 lehnte man eine Teuerungszulage direkt ab, und setzte
 alle Mittel in Bewegung, um unsere Kollegen zu einer
 längeren Arbeitszeit zu bewegen. Unsere Kollegen sind
 aber überall der Parole des Verbandes gefolgt und
 haben auf das Mehr durch Ueberstunden verzichtet. Das
 Tarifamt, welches sich mit der Frage beschäftigten mußte,
 beschloß, das Verlangen der Unternehmer als Tarif-
 verstoß. Nach und nach haben denn auch einige Unter-
 nehmer trotz der Drohung des Arbeitgeberverbandes Kriegs-
 zulagen gewährt, so daß wir heute einen Stundenlohn

von 71, bzw. 61 Pf. verzeichnen können. Auf einigen
 größeren Bauten wurden 74 und 75 Pf. gezahlt. In
 letzter Zeit werden auch sehr viele Kriegsgefangene als
 Maurer und Bauhilfsarbeiter beschäftigt, so bei der
 Firma Moser, Diehl, Muppel u. Graul und Otten in
 Duisburg. Das Urteil über dieselben ist im allgemeinen
 nicht zufriedenstellend, und wird besonders von den
 Posieren das Ende des Krieges herbeigewünscht, damit
 wieder geordnete Verhältnisse auf die Baustellen kommen.
 Die Mitgliederzahl bewegte sich im vorigen Jahre fol-
 gendermaßen: 1. Quartal 821, 2. Quartal 719,
 3. Quartal 637, 4. Quartal 516. Neuaufnahmen 260.
 Auch in diesem Jahre wurden wieder an 600 Mitglieder
 zum Kriegsdienst eingezogen. Die Einnahme für die
 Zentrale betrug 12371,64 M., an Krankenkasse 1799,30
 Mark, an Sterbekasse 368 M., an Militärunterstützung
 14 M. Außerdem wurden vier Malen Kriegskassenunterstützung
 gezahlt. Die Einnahme für die Lokalkasse betrug ein-
 schließlich des Kassenbestandes von 1911 22697,16 M.,
 die Ausgabe 8069,42 M., so daß noch ein Kassenbestand
 von 14627,64 M. verbleibt. Der Verlaufsbericht
 war im verflossenen Jahre nicht zufriedenstellend, und
 konnte man dort am besten feststellen, daß unsere Mit-
 glieder im Felde stehen. Zum 3. Punkte hielt Kollege
 Franz Schmitz, welcher als verwundeter Krieger wieder
 in unsere Reihen zurückgekehrt ist, einen Vortrag über
 die Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften in Zukunft.
 Er hob die Tätigkeit derselben während des Krieges
 hervor und legte in treffenden Ausführungen dar, daß
 auch nach dem Kriege noch große Aufgaben zu bewältigen
 wären, wirtschaftlicher sowohl wie politischer Natur. —
 Zum Punkt 4: Vorstandswahl. Wurde dem Vorschlag, den
 alten Vorstand, wie er jetzt besteht, wiederauszuwählen, ent-
 gegen. Für den eingezogenen Revisor Kollege Schmitz
 wurde Kollege Schmitz, welcher vor dem Kriege
 Revisor war, als solcher wiederausgewählt. Zum Punkt 5:
 Verschiedenes. Nachdem die Landtagsstellen, daß sie mit den
 10 Prozent nicht auskommen könnten. Die Versamm-
 lung erkannte dies an, erklärte aber, während des
 Krieges eine Veränderung nicht vornehmen zu können. —
 Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Wölfer, der
 nochmals allen, die im verflossenen Jahre mitgearbeitet,
 herzlichsten Dank abstattete, wurde die sehr anregend ver-
 laufene Konferenz nach 2 1/2 stündiger Dauer geschlossen.

Trier. Am Sonntag, den 6. Februar, fand unsere
 diesjährige Generalversammlung statt, die verhältnismäßig
 gut besucht war. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassen-
 bericht. 2. Wahl des Verwaltungskassen-Vorstandes.
 3. Unsere Stellung zur Tarifverneuerung 1916. (Referent:
 Kollege Wekel, Saarbrücken.) 4. Verschiedenes. Nachdem
 der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Kollegen
 sowie den Bezirksleiter Wekel begrüßt hatte und die ge-
 fallenen Kollegen in der üblichen Weise geehrt wor-
 den, gab er, da der Kassierer dienstlich verhindert war, den
 Jahres- und Kassenbericht. Dem Kassierer wurde Ent-
 lastung erteilt. Aus der Wahl gingen hervor: Kollege
 Jüngling als erster und Kollege Adhl als zweiter Vor-
 sitzender; Kollege W. Müller als erster und Kollege
 J. Müller als zweiter Kassierer; als Revisoren die
 Kollegen Wollscheid, Bombus und Willen. Der neue
 Vorsitzende dankte für das ihm geschenkte Vertrauen und
 forderte den Vorstand sowie alle Kollegen auf, ihn in
 allem zu unterstützen, denn es gälte nicht bloß den alten
 Stamm zu halten, sondern den Mitgliederverlust im
 kommenden Jahre wieder wettzumachen, denn das schulden
 wir unseren Kollegen im Felde. Hierauf sprach Kollege
 Wekel über den Tarifabschluß 1916. Die Versammlung
 folgte seinen Ausführungen gespannt und sollte seinen
 Worten volle Anerkennung. Nachdem die Kollegen sich
 darüber ausgesprochen hatten, wie sie sich etwa die Tarif-
 verneuerung denken, und unter Verschiedenes manches be-
 sprochen wurde, forderte der Vorsitzende die Kollegen
 auf, auch künftig die Versammlung regelmäßig zu be-
 suchen, die jeden ersten Sonntag im Monat stattfindet.
 Hierauf dankte der Vorsitzende dem Kollegen Wekel für
 seinen belehrenden Vortrag sowie der Versammlung für
 ihr lauges Ausdauern und schloß dann die anregend und
 gut verlaufene Versammlung.

Duisburg. (Stukkateure und Fuher.) Auch an
 unserer Ortsgruppe ist der menschenmordende Krieg nicht
 spurlos vorübergegangen. In der Weiterentwicklung hat
 er uns gewaltig gestört. Im zweiten Vierteljahrabschluss
 1914 zählte unsere Zahlstelle 77 Mitglieder. Bis zum
 Jahresabschluss 1915 waren 46, oder über 59 Prozent, zum
 Heeresdienst eingezogen, 10 oder über 12 Prozent nach
 der Heimat abgereist, 9 oder über 11 Prozent sind aus-
 getreten, teils weil sie infolge der Teuerung ihre Bei-
 träge nicht mehr zahlen konnten, bzw. nicht mehr wollten,
 und teils nicht mehr im Berufe arbeiteten. Der Bestand
 am Jahresabschluss betrug 12 Mitglieder. An der Hand
 des heutigen Bestandes kann man teilweise erkennen, wie
 es mit der Arbeit im Stuck- und Fuhergewerbe bestellt
 ist, denn von den noch vorhandenen Mitgliedern ist noch
 ein Teil auswärtig beschäftigt. Nach einem Ueberblick
 den unsere Kollegen am Orte machten, werden etwa
 15—20 Kollegen im Berufe tätig sein, alle anderen gehen
 über Land, oder sind in Fabriken beschäftigt. Neu-
 bauten können fast mit der althergebrachten Fuherkatene
 nicht gefunden werden. Mancher Stuck- und Fuher-
 Unternehmer hat im Laufe des letzten Jahres sein altes
 Werkzeug, das er in seinem Arbeitsbureau als Symbol
 des Handwerks und seligen Angebens seiner Gejellen-
 zeit verwahrte, wieder hervorgeholt und zu Ehren ge-
 bracht. Für manchen mag das nicht ganz leicht gewesen
 sein. Als die Teuerung im letzten Jahre ganz erheblich
 stieg, traten die Organisationsleitungen an die Unter-
 nehmerverbände mit einer Eingabe zwecks Gewährung
 von Teuerungszulagen heran. Das Antwortschreiben der
 Unternehmer hat folgenden Wortlaut: „Auf was gefi-
 chreiben vom 1. Dezember, betreffend Teuerungszu-
 lagen für die Arbeitnehmer, teile ich Ihnen mit, daß
 unsere Jahrsversammlung beschlossen hat, für die
 Wintermonate die neunstündige Arbeitszeit beizubehalten“

lassen, so daß eine Windernehmung für die Arbeitnehmer nicht in Frage kommt. Auch wenn der Arbeitgeber weniger als 9 Stunden pro Tag arbeiten läßt, so ist er verpflichtet, den Lohn für 9 Stunden zu zahlen. Für eventuell nötige Beleuchtung sorgt der Arbeitgeber. Wir hoffen, Sie sind mit diesem Angebot einverstanden. Unterschrift: Der Obermeister." Den augenblicklichen Zeit- und Arbeitsverhältnissen entsprechend, mußte man sich damit einverstanden erklären. Einen direkten bauern den Vorteil für die Dauer der Feuerung stellt dieses Entgegenkommen nicht dar, nur für die Zeit vom 1. November bis 31. Januar berechnet. In den meisten Fällen haben die Arbeitgeber dafür gesorgt, daß die Gehilfen auch ihre neun Stunden arbeiten konnten. Gewiß soll nicht verkannt werden, daß in den Wintermonaten die Gehilfen keinen Lohnausfall hatten, sondern in den Fällen, wo die Beleuchtung nicht möglich war und dieselben 1 1/2 Stunden früher Feierabend hatten, eine Zulage von 1,18 M für den Arbeitstag oder 13,1 Pf. für die Arbeitsstunde erzielten. Insofern hat unsere Eingabe an die Unternehmer immerhin einen Erfolg für die Gehilfen gehabt. Jedoch werden die Unternehmer sich bequemen müssen, bei der fortwährenden Steigerung der Preise und Knappheit der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel auch für die Sommermonate eine Zulage zu gewähren. Für die Gehilfen ist es an der Zeit, bei der Tarifverneuerung in diesem Frühjahr dafür zu sorgen, daß die aus egoistischen Gründen Ausgetretenen wieder dem Verband zugeführt werden, dann wird es möglich sein, durch treues, festes Zusammenhalten, welches wir unseren Kämpfern in Ost und West schuldig sind, auch wirtschaftliche Erfolge zu erzielen.

folgerecht zu gestalten, ist ein planmäßiges Zusammenarbeiten der Träger der Invaliden- und Krankenversicherung mit der Ketzerschaft unerlässlich. Zum Zwecke dieser Ueberwachung werden besondere Beratungsstellen von den Versicherungsanstalten nach Benehmen mit der zuständigen ärztlichen Landesvertretung eingerichtet. Es kann zweckmäßig sein, für Versicherungsanstalten und Sonderanstalten oder für Teile ihrer Bezirke gemeinsame Beratungsstellen einzurichten.

2. Die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung der Beratungsstellen und die Reisekosten der Versicherten tragen die Versicherungsanstalten. Der Dienstbetrieb der Beratungsstellen wird im allgemeinen nach dem Vorbild der Fürsorgestellen der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte in Hamburg einzurichten sein. Bezieht der Versicherte in den Bezirke einer anderen Anstalt, so werden die über ihn geführten Aufzeichnungen dorthin abgegeben.

3. Die Ärzte der Beratungsstellen sollen sich der Behandlung enthalten. Sie haben nur die Notwendigkeit einer solchen festzustellen und den Kranken auf ärztliche Hilfe zu verweisen.

4. Stellt der Arzt der Behandlungsstelle eine Behandlungsbedürftigkeit fest, so ist der gegen Krankheit Versicherte grundsätzlich der Krankenkasse zu überweisen, es sei denn, daß er triftige Gründe gegen eine Behandlung auf Kosten seiner Krankenkasse geltend macht. In diesem Falle wird die Versicherungsanstalt die Behandlung auf ihre Kosten übernehmen.

5. Die Versicherungsanstalt übernimmt ferner die Behandlung, wenn der Kranke nicht gegen Krankheit versichert ist.

Kampf gegen die Seuche und beim Kranken gegenüber nicht bloß vom volkswirtschaftlichen, sondern auch vom sittlichen Standpunkt aus wohlgeboten sein. Herr Dr. Kaufmann schließt seine Darlegungen mit dem Hinweis, daß diese Einrichtungen schließlich auch dazu beitragen werden die Prostitutionsfrage befriedigend zu lösen, was letzteres indes doch nur auf sozialem, nicht auf rein polizeilichem Wege geschehen kann.

Gerichtliches

sk. Schwere Folgen der Fahrlässigkeit eines Zimmermeisters in Ausübung seines Berufes
 Urteil des Reichsgerichts vom 3. Februar 1916. Leipzig, 3. Februar. (Nachdr. verb.) Wegen fahrlässiger Tötung verurteilte das Landgericht Darmstadt den Zimmermeister Philipp Merkel in Darmstadt am 11. November v. J. zu sechs Monaten Gefängnis. Ende August 1915 sollte an der Eisenbahnbrücke, welche etwa 300 Meter westlich vom Bahnhof Oberamstadt die Straße von da nach Hahndorf überquert, ein Umbau der Eisenkonstruktion vorgenommen werden. Um die Brücke zu stützen und die Auswechslung der Eisenbestandteile zu ermöglichen, mußte unter derselben ein starkes Holzgerüst angebracht werden. Diese Arbeiten hatte M. übernommen. Am 23. August fuhr er selbst von Darmstadt nach Oberamstadt, um seinen Arbeitern etwa 10 große Holzteile, die er in einem Sack gebunden hatte, zu überbringen. Als der Zug in der Nähe der Brücke angelangt und noch in schneller Fahrt begriffen war, warf M. das Paket, in der Annahme, es werde von seinen Leuten sofort aufgenommen werden, hinaus. Unglücklicherweise traf es den dort stehenden Zimmermann Woll, der lange Jahre bei dem Angeklagten beschäftigt war, am Kopf. Durch die Wucht des Wurfes, die durch die Geschwindigkeit des Zuges noch verstärkt wurde, trug R. einen Schädelbruch davon; außerdem wurde eine Zerletzung der großen mittleren Schlagader hervorgerufen und dadurch ein Bluterguß ins Gehirn verursacht, der den allbald erfolgten Tod des R. zur Folge hatte. Der Angeklagte handelte, so führte die Strafkammer aus, dadurch unvorsichtig, daß er die Bahnvorschrift übertrat, nach welcher harte und schwere Gegenstände nicht aus den Abteilfenstern hinausgeworfen werden dürfen. Er suchte sich mit der Behauptung zu entlasten, er habe vor dem Abwurf des Paketes hinausgesehen und niemand in der Nähe bemerkt. Dem steht entgegen, daß tatsächlich der Getötete und noch ein anderer Zeuge in unmittelbarer Nähe der Auswurfstelle gestanden haben. Von dem Punkte des Abwurfes aus ist das Gelände in der Zugrichtung sehr gut übersichtbar. Hat der Angeklagte also wirklich hinausgesehen, was nicht feststeht, so hätte er die in der Zugrichtung stehenden Personen unbedingt sehen müssen. Er mußte, daß seine Arbeiter in unmittelbarer Nähe beschäftigt waren, und mußte sich sagen, daß bei dem Hinauswerfen eines so schweren Gegenstandes aus dem noch schnell fahrenden Zuge in der Nähe befindliche Arbeiter oder andere Personen schwer getroffen, verletzt und getötet werden könnten. Wenn er, wie er behauptet, so weit nicht gebacht hat, so hat er die ihm schon von Berufs wegen obliegende Sorgfalt und Vorsicht nicht walten lassen. Ebenso groß wie seine Fahrlässigkeit war seine Rücksichtslosigkeit gegen seine Arbeiter. Er war in der Ausübung seines Berufes als Zimmermeister begriffen und hatte dabei die Pflicht, für Leben und Gesundheit seiner Arbeiter besorgt zu sein. Wegen seiner Verurteilung legte M. noch Revision beim Reichsgericht ein, die aber vom 1. Strafsenat des höchsten Gerichtshofes als unbegründet verworfen wurde. (Mitteilungsblatt 1 D. 1006/15.)

Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe Ostpreußens im Januar 1916


Vom ostpreussischen Arbeitsnachweisverband E. B. wird uns mitgeteilt: Von den am Wiederaufbau Ostpreußens besonders beteiligten Berufen ist die Lage der Holzindustrie unverändert günstig und dürfte in der nächsten Zeit eine noch lebhaftere Nachfrage nach Bau- und Möbelschlechtern zu erwarten sein. Infolge des geringen Angebotes von Tischlergesellen sind die Stundenlöhne für Bautischler in der Provinz auf 60-80 Pf. gestiegen. Viele Betriebe beschäftigen russische Kriegsgesangene und garnisondienstfähige Soldaten. Durch den Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe in Königsberg, Klappertwiese 3, können aber noch Tischlergesellen, wenn auch nur in geringer Anzahl, aus anderen Provinzen beschafft werden.

Die Bautätigkeit ist der Witterung entsprechend eingeschränkt, jedoch nicht ganz eingestellt worden. Bauhandwerker wurden im abgelaufenen Monat wenig verlangt, obwohl in nächster Zeit die Nachfrage durch Angebot aus anderen Provinzen noch befristet werden könnte. Bei zu später Aufnahme der Bautätigkeit wird die Beschaffung von einheimischen Bauarbeitern auf große Schwierigkeiten stoßen. In Stundenlöhnen wurden für Maurer- und Zimmergesellen durchschnittlich 80 Pf. bis 1 M geboten. Für auswärtige Arbeiter haben die Arbeitgeber die Reisekosten zu zahlen, die sich aber infolge der bewilligten Fahrpreismäßigung von 1 Pf. für das Kilometer für alle nach Ostpreußen vermittelten Handwerker außerordentlich niedrig stellen. Die Fahrpreisermäßigungskausweise werden nur vom ostpreussischen Arbeitsnachweisverband, Königsberg, Klappertwiese 3, ausgegeben. Zur Besserung der Beschäftigungs- und Unterhaltungsverhältnisse, die im vergangenen Jahre vieles zu wünschen übrig ließen, werden geeignete Maßnahmen getroffen, desgleichen für die Beschaffung weiterer Arbeitskräfte durch die Entlassung garnisondienstfähiger Bauhandwerker und die Bereitstellung geeigneter Kriegsgesangener, da die noch vorhandenen militärischen, inländischen Arbeitskräfte zur Zuangriffnahme der unbedingt nötigen Arbeiten des Wiederaufbaues bei weitem nicht ausreichen dürften.

Arbeiterversicherung und Geschlechtskrankheiten

Die Gefahr der Verbreitung von Geschlechtskrankheiten hat durch den Krieg einen großen Umfang angenommen, und ist daher ihre systematische Bekämpfung von dringender sozial und gesundheitlich gleich wichtiger Bedeutung. In der Reichsversicherungsanstalt Dr. Kaufmann im Februarheft der „Deutschen Arbeit“, Monatschrift für die Befreiungen der christlichen Arbeiter, (Verlag Götze, Reichenwall 9) in höchst bemerkenswerten Ausführungen. Ausgehend von der Tatsache, daß bisher den Versicherungssträgern, die im Kampfe gegen schmutzige Sitten, vornehmlich gegen die Lungen- und Tuberkulose, großes leisteten, gleiche Erfolge bei der Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten verfehlt blieben, weil der eigentümliche Charakter dieser Krankheiten die Betroffenen zur Geheimhaltung veranlaßt und so eine gründliche Bekämpfung des Übels erschwert, führt Präsident Dr. Kaufmann fest, daß auch hier der Krieg, wie so mancher, auch hier Kämpfe, die nicht nur für den Körper, sondern auch für die Seele im vergangenen Dezember in Berlin bekanntgemachten Kampfes der Vertreter sämtlicher deutscher Versicherungsanstalten ist eine gemeinsame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten Hand in Hand mit der Bekämpfung der Tuberkulose, und zwar nach folgenden Richtlinien:

1. Zur Bekämpfung der Gefahr einer Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten im künftigen Jahre ist eine Ueberwachung geschlechtlicher Angelegenheiten auch nach ihrer Entstehung gesichert. Bei jeder Erkrankung er-



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Ferdinand Müller. Zahlstelle Hettlingen.

Johann Dögel, Inhaber des Eisernen Kreuzes. Verwaltungsstelle Dortmund.

Gottfried Weber. Zahlstelle Oeglanden.

Friedrich Harbst. Verwaltungsstelle Hamburg.

Joseph Scholz. Zahlstelle Deutsch-Rasselwitz.

Joseph Wolf aus Böfel. Verwaltungsstelle Coblenz.

Wilh. Kollmann.

Konr. Hunding. Zahlstelle Oberhausen.

Peter Müller. Zahlstelle Elm-Mühlheim.

Hubert Warnede aus Böbegen, Kr. Götter.

Karl Freude aus Brochterbeck, Kr. Leddenburg.

Ignaz Laufe. Verwaltungsstelle Bochum.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 1557 brave Kollegen entziffen.

Nach langem Leiden starb unser Kollege Josef Ketter im Alter von 58 Jahren an Drüsenentzündung. Zahlstelle Hainhofen b. Augsburg.

6. Die Versicherungsanstalt kann auch die Fürsorge für nicht oder nicht mehr gegen Invalidität Versicherte übernehmen, wenn der Kranke dem Kreise der versicherungspflichtigen Bevölkerung nahesteht und zu besorgen ist, daß ohne das Eingreifen der Versicherungsanstalt eine sachgemäße Behandlung unterbleibt.

Vor allem muß betont werden, daß eine systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten eine heilsame und erwünschte Rückwirkung auf unsere Frauen und Kinder ausübt, die dadurch der Ansteckungsgefahr entzogen werden. Zumal in dieser Zeit der schweren Verluste an Menschenleben und einer sinkenden Geburtenziffer muß uns an einem gesunden, hoffnungsvollen Nachwuchs der Nation gelegen sein. Den Gefahren einer Verheimlichung der Krankheiten kann nur begegnet werden, wenn die Versicherten dadurch Vertrauen zur neuen Einrichtung gewinnen, daß sie vor Inquisitionen bewahrt bleiben. Das gilt hauptsächlich für die Kranken auf dem Lande, wo es keine Stätten in diesem Falle wird die Krankenkasse des betreffenden Ortes und der am Orte ansässige Arzt ausgeschaltet und die Versicherungsanstalt übernimmt die Heilung. Dr. Kaufmann betont weiterhin, daß auch die ethische Seite dieser Frage von großer Bedeutung ist. Reize und nicht die schändlichsten Kreise unseres Volkes verurteilen geschlechtliche Exzesse als Folgen sittlicher Verschlingungen. Jenes möchte er die verheerenden Worte des heilandes einprägen: „Seid keusch, wie auch euer Vater keusch war.“ Ein Hinweis, der bei uns nicht nur von Schuld freien Kranken Wiederherstellung ihrer Gesundheit, sondern auch in vielen Fällen auch unsere Unternehmung veranlassen werden, ist wichtig eine verheerende Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Es verstanden, dürfte der

Bücherschau

Szen Gebirg Buch über die Ostfront erscheint lobend. „Nach Osten!“ lautet sein Titel. Nach Osten ist der große Forscher ein halbes Leben lang gepilgert zu seinen Studienreisen — nach Osten bringt eine Mission der deutschen Kultur — nach Osten hat die russische Dampf- wälze ihren Krebsgang angetreten. Gebirg Silberungen umfassen die ganze 1200 Kilometer lange Front von Memel bis Czernowit und geben ein umfassendes Bild von dem Siegeszug der verbündeten deutschen, österreichischen und ungarischen Armeen nach Rußland hinein, mit den Höhepunkten Przemysl und Lemberg, Warschau, Nowo-Georgiewsk und Brest-Litowsk. Besonders Aufmerksam werden Gebirg Berichte über die Organe der russischen Soldateska in Ostpreußen machen.

Bulgarien und die Bulgaren. Von Dr. Kurt Floerke. Mit zahlreichen Abbildungen, einer Kesselkarte von Bulgarien und einem farbigen Umschlag. Preis gebunden 1,- M., gebd. 1,80 M. Stuttgart, Franck'sche Verlagsbuchhandlung.

„Im Kampf gegen Rußland“ nennt Wilhelm Conrad Gömmel die in nächster Woche bei F. W. Brockhaus in Leipzig erscheinende Schilderung seiner Abenteuer im östlichen Feldzug, die zu den beiden anderen Brockhauschen Kriegsbüchern von Gebirg und Wegener ein Gegenstück (ebenfalls zum Preise von 1 M.) bilden wird. Unter Hohenburg, Madonnen und Prinz Leopold von Bayern war der bekannte Romanhistoriker Gömmel Angezogene der Verheimlichung der russischen Dampf- wälze. In engerer Fühlung mit den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen hat er die denkwürdigen Tage von Lodz und Lodzitz, von Gorlice-Tarnow, Przemysl, Lemberg, Warschau und Nowo-Georgiewsk miterlebt und läßt nun seine Leser teilnehmen an dem gewaltigsten Siegeszuge, den die Weltgeschichte kennt. Wir werden auf das Buch ausführlicher zurückkommen.